



„Vorfahrt für die betriebliche Erstausbildung!“

Grundlegende Aussagen der regionalen Wirtschaft
zum schul- und berufsbildungspolitischen Reformbedarf

Heft 109 der Schriftenreihe der IHK Siegen
Januar 2014

Heft 109 der Schriftenreihe der IHK Siegen

Januar 2014

Verfasser:

Sabine Bechheim
Rainer Dango
Winfried Fischer
Klaus Gräbener
Dr. Theodor Gräbener
Holger Grafe
Felix G. Hensel
Rupprecht Kemper
Christian F. Kocherscheidt
Jost Schneider
Dirk Schöps
Walter Viegener

Vorwort

Die IHK-zugehörigen Unternehmen aus Siegen-Wittgenstein und Olpe sind auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen, wenn sie auch zukünftig auf den Märkten erfolgreich agieren wollen. Seit jeher setzen sie dabei nicht ausschließlich, aber doch in erster Linie auf die betriebliche Erstausbildung. Denn junge Menschen, die eine qualitativ hochwertige Ausbildung in Betrieb und Berufskolleg durchlaufen, können nach abgeschlossener Lehre nahtlos in betriebliche Prozesse eingebunden werden, kennen die betrieblichen Abläufe aus eigenem Erleben und tragen damit direkt zur betrieblichen Wertschöpfung bei.

Zahlreiche Unternehmen sind derzeit besorgt, ob sich die Fachkräfteversorgung angesichts unbestreitbarer schul-, bildungs- und gesellschaftspolitischer Entwicklungen nicht zunehmend zur Wachstumsbremse entwickeln wird. Die Unternehmen attestieren einem nach wie vor nennenswerten Anteil der jungen Menschen eine mangelhaft ausgeprägte Ausbildungs- und Beschäftigungsreife. Sie sehen sich zugleich mit teilweise dramatisch rückläufigen Schulabgängerzahlen konfrontiert, die vielfach bereits heute die Nachfrage nach betrieblichen Lehrstellen sinken lässt. Schließlich bekommen sie zunehmend auch die Gefahren einer schul- und gesellschaftspolitischen Debatte zu spüren, die der ungebremsten Studierneigung junger Menschen nahezu ausnahmslos das Wort redet. So ging der sogenannte „doppelte Abiturjahrgang“ am regionalen Lehrstellenmarkt 2013 fast komplett vorbei. Dies auch deswegen, weil junge Leute vielfach suggeriert bekommen, ein Studium sei jedenfalls der betrieblichen Lehre vorzuziehen.


Die Vollversammlung und der Berufsbildungsausschuss der IHK Siegen beschäftigten sich in den

letzten Jahren wiederholt mit schul- und berufsbildungspolitischen Fragestellungen dieser Art. Die IHK stellte zudem erhebliche Finanzmittel zur Verfügung, um Projekte und Initiativen auf den Weg zu bringen, die dem drohenden Fachkräfteengpass wirkungsvoll begegnen sollen. Im Herbst befasste sich ein Kreis aus 10 Unternehmern und Personalverantwortlichen, die überwiegend der Vollversammlung bzw. dem Berufsbildungsausschuss angehören, eingehend mit der Fragestellung, welcher Reformbedarf in den vier Handlungsfeldern „Schule“, „Übergang von Schule in den Beruf“, „Betriebliche Erstausbildung“ sowie bei den „Gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ gegeben ist und in welchen inhaltlichen Bereichen die regionale Wirtschaft vor diesem Hintergrund in den kommenden Jahren projektbezogene Schwerpunkte setzen könnte. Die entwickelten Aussagen wurden der IHK-Vollversammlung zugeleitet, die sie am 11. Dezember 2013 eingehend erörterte und unter der Überschrift „Vorfahrt für die betriebliche Erstausbildung!“ beschloss. Die Stellungnahme umreißt die (regional-)politischen Herausforderungen und leitet daraus den Rahmen für zukünftige IHK-Initiativen und -Projekte ab. Sie dient damit zugleich als inhaltliche Richtschnur für das Engagement der IHK Siegen in der Schul- und Berufsbildungspolitik in den kommenden Jahren.

Siegen, im Januar 2014



Franz J. Mockenhaupt
Hauptgeschäftsführer



Klaus Gräbener
Geschäftsführer

Inhaltsverzeichnis

Vorfahrt für die betriebliche Erstausbildung!	3
A. Schulen zur Wahrnehmung der wesentlichen Aufgaben befähigen	4
1. Qualität und Wohnortnähe von entscheidender Bedeutung	4
2. Länderübergreifende Schulstandards definieren	4
3. Schuleingangsprüfungen einführen	4
4. Verantwortlichkeit der Lehrerschaft stärken	5
5. Deutsch und Mathematik stärken	6
6. Aussagefähige Abschlüsse sicherstellen	6
B. Den Übergang von der Schule in den Beruf wirkungsvoller gestalten	7
7. Programmviefalt ist Teil des Problems	7
8. Das Übergangssystem trägt seinen Namen zu Unrecht	7
9. Zwei-Wege-System als Problemlösung	8
10. Mehr Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen erforderlich	8
11. Konsequente Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten unerlässlich	9
12. Reduktion berufsschulischer Warteschleifen unabdingbar	9
C. Ausbildungs- und Prüfungsstrukturen weiter optimieren	10
13. Ausbildungsinhalte entschlacken, Prüfungen weniger komplex gestalten	10
14. Teilqualifikationen unvoreingenommen testieren	10
15. Qualität in der betrieblichen Lehre besser sichern	11
16. Mehr Leistungsstärke für Berufliche Bildung gewinnen	11
17. Ausbilderqualifizierung qualitativ ergänzen	11
D. Berufliche Bildung gesellschaftspolitisch aufwerten	12
18. Erziehungsarbeit gesellschaftlich aufwerten	12
19. Der zunehmenden Akademisierung Einhalt gebieten	12
20. Studienabbrecher in betriebliche Erstausbildung bringen	13
21. Kooperationsverbot brechen	13
22. Durchlässigkeit endlich sicherstellen	14
23. Für eine stärkere Inanspruchnahme des BQFG werben	14

Vorfahrt für die betriebliche Erstausbildung!

Die heimische Wirtschaft prägt eine überwiegend eigentümergeleitete Unternehmensstruktur. Mittelständische Betriebe bilden das wirtschaftliche Rückgrat in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe. Weniger als 20 Unternehmen beschäftigen mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 98 % der Unternehmen haben jeweils weniger als 50 Beschäftigte. Das produzierende Gewerbe stellt fast die Hälfte aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, im Kreis Olpe ist diese Dominanz noch stärker ausgeprägt als in Siegen-Wittgenstein.

Die Leistungsstärke unserer Region hängt maßgeblich davon ab, dass die Unternehmen in hinreichender Anzahl Fachkräfte für sich gewinnen können. Volle Auftragsbücher nutzen nichts, wenn die Firmen nicht über das Personal verfügen, das die Aufträge abarbeiten kann. Je knapper qualifizierte Fach- und Führungskräfte sind, desto kreativer muss die betriebliche Personalarbeit gestaltet werden. Schon heute ist das Problem fehlender Arbeitskräfte virulenter denn je. Die Belegschaften in den Unternehmen altern. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf ein Niveau gesunken, das zu Beginn des letzten Jahrzehnts fast unvorstellbar war. Zugleich sinkt die Zahl der Schulabgänger in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe um ca. ein Viertel in den kommenden sieben Jahren. An jüngeren Erwerbstätigen wächst also deutlich weniger nach, als an älteren am anderen Ende des Lebensarbeitszyklus ausscheidet. Zudem wird in zahlreichen Unternehmen der Arbeitsprozess immer wissens-, technologie- und erfahrungsintensiver. Die Anforderungen an das lebenslange Lernen steigen; und damit auch die Anforderungen an die fachlichen und überfachlichen Qualifikationen, die heute von den Unternehmen gefordert werden.

Seit jeher setzen die Unternehmen darauf, dass betriebliche Produkt- und Prozessinnovationen stets von Neuem durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Facharbeitern, Ingenieuren und Technikern vorangetrieben werden. Hierin liegt eine der wesentlichen Stärken unserer Region. Soll dies zukünftig so bleiben, muss das hohe Niveau der betrieblichen Erstausbildung möglichst beibehalten werden. Dies liegt nicht allein im Interesse der

Unternehmen. Die in der Bundesrepublik praktizierte Form der betrieblichen Erstausbildung ist ursächlich dafür, dass hierzulande junge Menschen deutlich weniger von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind als in anderen Staaten der Europäischen Union. Dies gilt auch in Siegen-Wittgenstein und in Olpe. Die betriebliche Ausbildung ist auch hier nach wie vor maßgebend für eine friktionslose Eingliederung junger Menschen in die Gesellschaft. Sie bedeutet für viele junge Leute den endgültigen Übergang von der Kindheit in das Erwachsenenalter. Die jungen Menschen erfahren hier die Sozialisation, die für ihre weitere Entwicklung elementar ist. Berufsausbildung ist damit deutlich mehr als „nur“ die fachliche Qualifikation.

Alles in allem funktioniert das System gut, wie auch im internationalen Vergleich deutlich wird. Immer noch erfahren die meisten jungen Menschen in Deutschland eine berufliche Erstausbildung, die sowohl dem Bedarf der Unternehmen als auch ihren eigenen Neigungen entspricht. Genau deshalb sollte nach Auffassung der IHK Siegen die Aufmerksamkeit weiter darauf gerichtet werden, das leistungsfähige System zu erhalten und zu verbessern. Denn Probleme gibt es unbestritten. Diese ergeben sich im Kern in vier Feldern – in der Schule, beim Übergang von der Schule in den Beruf, in der Ausbildung selbst sowie im gesellschaftlichen Umfeld von Schule und Berufsausbildung.

Die Vollversammlung und der Berufsbildungsausschuss der IHK Siegen haben sich intensiv mit den damit zusammenhängenden Fragen befasst. In den hier vorgelegten 23 Thesen verdeutlichen sie, welcher Reform- und Korrekturbedarf aus ihrer Sicht in den Handlungsfeldern „Schule“ (A.; Thesen 1-6), „Übergang von der Schule in den Beruf“ (B.; Thesen 7-12), „Betriebliche Erstausbildung“ (C.; Thesen 13-17) sowie bei den „Gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ (D.; Thesen 18-23) gegeben ist, um das betriebliche Ausbildungssystem zukunftssicher zu gestalten. Am Ende der Abschnitte zu den einzelnen Handlungsfeldern wird skizziert, in welchen Themenfeldern die regionale Wirtschaft im IHK-Bezirk Siegen selbst in den kommenden Jahren Schwerpunkte setzen wird.

A. Schulen zur Wahrnehmung der wesentlichen Aufgaben befähigen

Die wichtigste Aufgabe der Schulen besteht darin, junge Menschen auf ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben vorzubereiten. Ein wesentliches Element ist dabei die Vorbereitung junger Menschen auf Ausbildung und Beruf, darüber hinaus gibt es natürlich weitere Bildungsziele, doch dafür wurde die allgemeine Schulpflicht ursprünglich einmal eingeführt. Dies wird von vielen Lehrern nach wie vor nur unzureichend wahrgenommen. Am ehesten noch sind die Lehrer der Hauptschulen hier aktiv, die Gymnasien sehen es nach wie vor mehrheitlich nicht als ihre primäre Aufgabe an, in diesem Feld mehr zu tun. Hier sind zwar in den letzten Jahren einige positive Veränderungen zu beobachten, noch mehr wären jedoch wünschenswert.

1. Qualität und Wohnortnähe von entscheidender Bedeutung

In der Schulpolitik müssen der Inhalt und die Qualität des schulischen Unterrichts Vorrang vor Struktur- und Organisationsfragen haben. Benötigt werden kleinere Klassen sowie mehr und besser qualifizierte Pädagogen, die noch frühzeitiger als bisher bereits während ihres Studiums mit der schulischen Praxis konfrontiert werden müssen. Dabei muss das Schulsystem Durchlässigkeit und bei entsprechender Leistung jeden Schulabschluss auch bei einem Schulwechsel ermöglichen. Zugleich ist sicherzustellen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche wohnortnah beschult werden und alle Schulabschlüsse erwerben können. Die entsprechenden Rahmenbedingungen sind für die dünn besiedelten Randlagen in Nordrhein-Westfalen flexibler auszugestalten als für die Ballungsregionen.

Zur Qualität gehört auch eine angemessene personelle und sächliche Ausstattung der Schulen, so dass diese eigenverantwortlich handeln können. Der Staat sollte und darf nicht darauf vertrauen, dass Sponsoren die finanziellen Verpflichtungen der öffentlichen Hand übernehmen. Beispielhaft agieren in diesem Zusammenhang im IHK-Bezirk die beiden Schulträger der Berufskollegs. Die Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe haben erkannt, dass gut aus-

gestattete Berufskollegs einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den regionalen Fachkräftebedarf zu sichern.

Qualitativ hochwertige Arbeit von Schulen setzt auch voraus, dass die Schulen im Sinne eines dezentralen Ressourcenmanagements noch stärker als bisher über Personal- und Sachkostenbudgets verfügen können. Den Schulleitungen muss weitestgehende Freiheit in Einstellungs- und Personalführungsfragen sowie der Festlegung der individuellen Arbeitszeiten gewährt werden. Zugleich wäre es sinnvoll und wünschenswert, die Vergütungsstrukturen in den Schulen wesentlich leistungsorientierter auszuprägen. In der momentanen Schulwirklichkeit sind jedenfalls massive Flexibilitätsreserven vorhanden, die zumindest teilweise zu aktivieren wären, wenn politisch mit tatsächlicher Schulautonomie endlich Ernst gemacht würde.

2. Länderübergreifende Schulstandards definieren

Die Schulen – und zwar in allen Schulformen – müssen mehr tun, um die Ausbildungsreife der Jugendlichen sicherzustellen. Für die Berufsorientierung in den Schulen sollte es länderübergreifende Standards geben. Ein abgestimmtes Vorgehen von Bund, Ländern und Kommunen wird dort insbesondere durch die föderalistischen Strukturen im Bereich der Bildung, aber auch durch unterschiedliche regionale Voraussetzungen und Strukturen behindert. Der Staat vergeudet leicht aktivierbare Effizienzpotenziale, weil er nicht abgestimmt handelt, zum Teil auch nicht handeln darf. Dringend erforderlich sind einheitliche Schulstandards, die (nicht nur auf dem Papier) zwischen Kiel und Konstanz ein halbwegs vergleichbares Leistungsniveau sicherstellen – für den Unterricht, auch für die Prüfungen und selbstverständlich ebenfalls im Bereich der Berufsorientierung. Je stärker die Internationalisierung des Wirtschaftsgeschehens voranschreitet, desto schwerer werden die gegebenen föderalistischen Strukturen zu vermitteln sein.

3. Schuleingangsprüfungen einführen

Die Zeugnisse, die zahlreiche internationale Vergleichsstudien den deutschen Schulen in den letzten Jahren ausstellten, sind zwar besser geworden; zufriedenstellen können sie indes nach wie vor

nicht. Der Tenor ist stets derselbe: Das deutsche Schulsystem bringe mittelmäßige Leistungen hervor, sei dafür aber vor allem ungerecht. Zu stark determiniere der soziale Status den Bildungsverlauf von Kindern und Jugendlichen. So stark wie in fast keinem anderen Land. Es ist ein fataler Befund, dass in Deutschland ein Kind aus der „Oberschicht“ gegenüber einem Schüler aus einer Facharbeiterfamilie bei gleicher Intelligenz und gleichen Fachleistungen eine viereinhalb Mal so große Chance besitzt, ein Gymnasium zu besuchen.

Eine Studie im Auftrag der Vodafone-Stiftung fand heraus, dass nur zu 49 % die Leistung der Schüler die erhaltene Note erklärt. Offenbar versagt die bundesdeutsche Schulwirklichkeit in weiten Teilen, wenn es darum geht, Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die nächst „höhere“ Schulstufe tatsächlich angemessen und halbwegs frei von subjektiven Wertungen zu beurteilen. Vor diesem Hintergrund könnten zentral erstellte und anonym durchgeführte Eingangsprüfungen gerade für die zahlreichen fähigen jungen Menschen aus sozial problematischen Verhältnissen die Chancengerechtigkeit bieten, die ihnen das derzeitige System ganz offenkundig verwehrt. Es muss darum gehen, nicht nur Wissen, sondern Kompetenzen gezielt abzufragen. Dies kann dann gleichzeitig dazu dienen, Lehrerleistungen anhand der Ergebnisse von Leistungszuwächsen zu messen. Damit werden Anreize gegeben, den Unterricht so zu gestalten, dass möglichst viele Schüler die Lernziele auch erreichen.

4. Verantwortlichkeit der Lehrerschaft stärken

In der gesellschaftlichen Debatte ist auch mehr Mut erforderlich, wenn es um die Rolle der Eltern im Bildungswahlverhalten geht. Rund 50.000 Schülerinnen und Schüler werden in einem Schuljahr in eine niedrigere Schulform verwiesen, lediglich 23.000 in eine höhere. Das Problem der sogenannten „Abschulungen“ hat es ganz offenkundig in sich. Mit allen negativen Konsequenzen für die Betroffenen. Die Verantwortung hierfür wird in der bildungspolitischen Debatte weit überwiegend einseitig den Schulen zugewiesen. Doch schulen diese Schulen nicht vor allen Dingen deswegen „ab“, weil vorher zu viele weniger geeignete in diese Schulformen

eingeschult wurden? Sind nicht eher zu wenig einsichtige Eltern das Problem, die ihre Kinder auch dann in höhere Schulformen drücken, wenn diese Kinder den Anforderungen von ihrem Leistungsvermögen nicht gewachsen sind? Hier muss nach Auffassung der regionalen Wirtschaft stärker debattiert werden, ob nicht auch auf Strecke der Elternwille bei der Wahl der Schulform etwa durch verbindliche Eingangsprüfungen bei nicht eindeutigen Empfehlungen deutlich einzuschränken ist. Die Verantwortung der Lehrer würde hierdurch automatisch gestärkt. Wird dies verbunden mit einer leistungsdifferenzierten Entlohnung der Lehrkräfte, die weniger von Schulform, zuständiger Behörde und Kassenlage abhängig ist (Verbeamtung vs. Angestelltenverhältnis) und stärker von objektiv messbaren Ergebnissen, würden die guten, erfolgreichen Lehrer gestärkt und damit das „System Schule“ insgesamt.

Zugleich ist seitens der Wirtschaft im politischen Raum stets von Neuem zu verdeutlichen, dass bei Erziehungsfragen zunächst und vor allem anderen die Elternhäuser gefragt und in der Pflicht sind. Schließlich lernen Kinder in den Schulen mittlerweile, dass man sich nicht zu fett ernähren sollte, wie man über einen Zebrastreifen geht, sie lernen schwimmen, jedenfalls aber durchlaufen sie zu viele Projekte. Projekte, die dazu dienen, dass sie Wald und Natur erfahren, den Umgang mit Tieren erlernen, rücksichtsvoll mit ihrer Umwelt umgehen, Ressourcen schonen sollen, zivilisierte Formen des gesellschaftlichen Umgangs wie etwa das Grüßen trainieren – kurzum: alles Dinge, die eigentlich zu den Kernaufgaben der elterlichen Erziehung gehören sollten, die man heute aber locker der Schule zuweist. Der Aufgabenbestand der Schulen wächst fast wöchentlich. Auch hier ist mehr Ehrlichkeit in der gesellschaftspolitischen Debatte erforderlich. Die Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, das zu tun, wofür sie bezahlt werden, nämlich unterrichten. Dies geht nur, wenn man die Schule weitgehend von ihr heute auferlegten Erziehungspflichten entbindet oder aber indem man sie in die Lage versetzt, diese Erziehungsaufgaben auch tatsächlich erfüllen zu können. Dann jedoch sind deutlich mehr Erzieher und Sozialarbeiter an den Schulen erforderlich – und Schulleitungen, die wirklich führen können und dürfen. Hierzu sind sie vom Gesetzgeber ausdrücklich zu ermutigen und auch

mit den entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten auszustatten.

Die internationalen Vergleichsstudien der letzten 10 Jahre haben jedenfalls verdeutlicht, dass es nicht darum geht, welches Etikett an einer Klassentür klebt, sondern auf die Qualität dessen ankommt, was in diesem Zimmer geschieht. Gerade hier müsste angesetzt werden. Dies wäre allemal sinnvoller, als bei dramatisch sinkenden Schülerzahlen über neue Modellschulen und eine weitere Ausdifferenzierung einer ohnehin viel zu komplex ausgestalteten Schullandschaft zu debattieren. Die Unterrichtsangebote müssen den Begabungen und Potenzialen der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen. Hierzu bedarf es differenzierter Curricula und Unterrichtsmethoden. Die Rahmenbedingungen des schulischen Unterrichts sind dabei den pädagogischen Erfordernissen anzupassen. Zudem muss gelten: „Kein Abschluss ohne Anschlussperspektive“. Potenzielle Schulabbrecher müssen daher frühzeitig so gefördert werden, dass ein Schulabschluss erreicht werden kann. Dabei ist Schuldistanz konsequent, auch unter Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten, zu ahnden.

5. Deutsch und Mathematik stärken

Aus Sicht der Unternehmen haben sich die Leistungen der Schulabsolventen insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik in den vergangenen 25 Jahren dramatisch verschlechtert. Die Wirtschaft im IHK-Bezirk Siegen fordert, die Stundenansätze in diesen beiden Fächern deutlich zu erhöhen. Notfalls sollte dies zu Lasten anderer Fächer geschehen. Jedenfalls ist dafür Sorge zu tragen, dass die alternativlose Umstellung auf den Ganztagsbetrieb noch stärker dazu genutzt wird, hier die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen. Insbesondere ist bereits in der Grundschule dafür zu sorgen, dass der korrekten Verwendung der deutschen Sprache eine hohe Bedeutung zugemessen wird. So sollten pädagogische Konzepte, die nachweislich Rechtschreib-Schwächen verstärken und Migranten benachteiligen („Lesen durch Schreiben“), zugunsten bewährter (wenngleich „unmoderner“) Methoden verabschiedet werden.

Dessen ungeachtet muss sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen (auch die deutschen) bei Eintritt in die Schule über hinreichende Kennt-

nisse der deutschen Sprache verfügen müssen. In den Schulen ist sicherzustellen, dass ausschließlich in Deutsch gelehrt und kommuniziert wird. Bestehen bei Einschulungen nachgewiesene Defizite, sind diese zunächst konsequent zu schließen, bevor eingeschult wird.

6. Aussagefähige Abschlüsse sicherstellen

Die Schulabschlüsse müssen auf zentralen Prüfungen basieren und eindeutige und verlässliche Auskunft über das Niveau fachlicher, sozialer und persönlicher Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler geben. Zeugnisse sollen Aufschluss darüber geben, was eine Person am Ende etwa eines Schuljahres, eines Studiums oder einer betrieblichen Ausbildung kann. Dabei sollte es stets Personen geben, die den Ansprüchen mehr oder weniger genügen. Sie bestehen die Prüfung. Zumeist stellen sie die Mehrheit. Und dann gibt es die Personen, deren Leistungen gemessen an den Anforderungen mit Mängeln behaftet oder ungenügend sind. Das Wesen einer Prüfung besteht ja in der vergleichenden Aussage über die erworbene Kompetenz. Problematisch wird es dann, wenn die regelmäßig gegebene Leistungsspreizung in den Beurteilungen nicht mehr zum Ausdruck kommt. Mit anderen Worten: Wenn die Gauß'sche Normalverteilung nicht mehr erkennbar ist. Dies ist dann der Fall, wenn alle geprüften Personen bestehen, alle durchfallen oder der weit überwiegende Teil der geprüften Personen dieselbe Note erhält. In diesen Fällen sind die ausgestellten Prüfungszeugnisse das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.

Wenn etwa bei den Abiturprüfungen fast niemand mehr durchfällt und rund ein Viertel die „Eins vor dem Komma“ erzielt, dann entwickelt sich das Gymnasium zu einer Schule für jedermann. Der Wirtschaft ist damit nicht gedient; und den jungen Menschen schon gar nicht. Die Unternehmen fordern zunächst aussagekräftige Zeugnisse, die die Kompetenzen der jungen Menschen ohne eigenen diagnostischen Aufwand für die Betriebe transparent und beurteilbar erscheinen lassen. Zugleich sind sie stark daran interessiert, in den Zeugnissen Hinweise zum Sozialverhalten der Schüler zu erhalten. Dies würde nicht nur den Personalabteilungen bei der Bewerberauswahl dienen. Erheblicher Nutzen entfaltet sich dadurch vor allem auch den Schülerinnen und Schülern selbst. Gerade lernschwächere Schüler er-

hielten auf diesem Wege Möglichkeiten, über ein angemessenes Sozialverhalten Alleinstellungsmerkmale in Bewerbungsverfahren auch bei schlechten Notendurchschnitten kenntlich zu machen.

Was aus Sicht der regionalen Wirtschaft in diesem Handlungsfeld besonders wichtig ist:

- Stundentafeln in Deutsch und Mathematik verstärken
- Lehrer von unterrichtsfremden Verpflichtungen entlasten
- Den Schulen die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen, sofern Erziehungsaufgaben auf sie delegiert werden
- Schulpolitische Auseinandersetzung auf pädagogische Fragen konzentrieren
- Möglichst viele gemeinsame Projektinitiativen von Wirtschaft und Schulen unternehmen
- Lehrerschaft zu verstärkten Betriebspraktika motivieren
- Besonders originelle und unternehmensbezogene Initiativen der Schulen stärker prämiieren
- Schulen für die Wahrnehmung der Zusatzaufgaben stärken
- MINT-Initiativen der Schulen weiterhin aus der Wirtschaft unterstützen

B. Den Übergang von der Schule in den Beruf wirkungsvoller gestalten

Die gezielte Vorbereitung auf den Wechsel von der Schule in die Berufswelt bedeutet einen erheblichen Einschnitt im Leben der jungen Menschen. Dies sollte gut vorbereitet werden, so dass jeder Einzelne den für ihn besten Weg findet. Dazu ist es erforderlich, dass Schule, Eltern, Schüler und auch die Fachleute der Berufsbildung eng zusammen arbeiten. Hier gibt es keinen „besten Weg“, sondern nur die jeweils individuell beste Lösung. Den unterschiedlichen Reifeprozessen der Jugendlichen muss dabei ebenso Rechnung getragen werden wie den Erfordernissen der Wirtschaft, die Interessen der Schülerinnen und Schüler müssen abgeglichen werden mit den Qualifikationsmöglichkeiten und Berufsaussichten vor Ort oder überregional.

7. Programmviefalt ist Teil des Problems

Durch zahlreiche Programme und Initiativen versuchen unterschiedlichste staatliche Ebenen seit Jahren, erfolglosen Lehrstellenbewerbern Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft zu verschaffen. Dabei entstand ein schier unüberschaubares Geflecht an Stützmaßnahmen. Die bestehenden Programme sind inhaltlich nicht sauber abgegrenzt und in finanzieller Hinsicht höchst unterschiedlich strukturiert. Ihre Steuerbarkeit ist schon lange nicht mehr gegeben. Die Programmviefalt führt zugleich bei den geförderten Zielgruppen zu erheblichen Ungleichbehandlungen. Die unterschiedlichen staatlichen Ebenen haben eine verworrene, ineffiziente, nicht abgestimmte und in Teilen auch ungerechte Betreuungsinfrastruktur geschaffen, von der im Wesentlichen eine immer stärker ausdifferenzierte Trägerlandschaft profitiert, nicht aber in erster Linie die jungen Leuten selbst. Der gegebene Korrekturbedarf gilt dabei in der Fachwelt als unbestritten. Längst sind die Programme kein Teil der Problemlösung auf dem Lehrstellenmarkt mehr, sondern Teil des Problems.

8. Das Übergangssystem trägt seinen Namen zu Unrecht

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein „Übergangssystem“. Schon der Begriff führt in die Irre. Ein System zeichnet sich durch eine spezifische Ordnung aus, von Ordnung ist im „Übergangssystem“ jedoch nichts zu spüren. Schon deswegen, weil sich die Maßnahmen im Kern fast ausnahmslos immer wieder auf dieselbe Klientel beziehen: Auf junge Menschen, die auf dem Markt keine Perspektiven finden; zumeist weil sie über mehr oder minder stark ausgeprägte Einstellungsbarrieren verfügen. Überwiegend, allerdings nicht ausschließlich, sind dies Personengruppen, die noch nicht in Arbeit oder Ausbildung einmünden können, weil es ihnen entweder am erforderlichen Können oder am notwendigen Willen fehlt oder an beidem. Diesen jungen Menschen stehen derzeit am Ende ihrer Schulzeit völlig unterschiedliche Bildungs- und berufliche Einstiegswege offen. Hierzu zählen u. a. Berufsgrundschuljahre, zuweilen auch Vorklassen zu diesen Berufsgrundschuljahren, einjährige oder zweijährige vollzeitschulische Bildungsgänge, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen oder auch spezifische

ausbildungs- oder arbeitsmarktpolitische Landesprogramme. Dabei kennzeichnet die Förderstruktur, die den Übergang vom allgemeinbildenden Schulsystem in das Berufsleben flankieren soll, eine nahezu vollkommene Intransparenz. Selbst ausgewiesene Experten sehen mittlerweile den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr.

Es sind jedoch nicht nur mehrere staatliche Ebenen, die hier mit unterschiedlichsten Programmen tätig werden, ja vielfach auch konkurrieren. Erkennbar sind zugleich jeweils stark voneinander abweichende Umsetzungsstrukturen, in die diese Programmvielfalt hineingepresst wird. Zumeist ist die regionale Agentur für Arbeit beteiligt, gelegentlich auch die Jobcenter, vielfach die Kreise und/oder die Kommunen, in den meisten Fällen auch die Kammern, Gewerkschaften und Verbände, hier und da kirchliche Einrichtungen, zumeist ebenfalls Bildungsträger. Auch in der finanziellen Unterstützung der Teilnehmer unterscheiden sich diese Programme vollständig. Es liegt damit gewissermaßen im Belieben derjenigen Berater, in deren Hände die jungen Leute gelangen, welchen Bildungsweg sie mit welcher Dotierung in welcher Bildungseinrichtung mit welcher Perspektive schließlich durchlaufen.

Der Staat verursacht dadurch erhebliche Ungerechtigkeit bei der eigentlichen Zielgruppe. Dies kann insbesondere angesichts des Lebensalters der jungen Leute und unter dem Gesichtspunkt des Gleichbehandlungsgrundsatzes keine zielführende Perspektive sein. Zugleich werden wirkliche Problemlösungen nicht hinreichend in Angriff genommen, weil die komplexen Interessenlagen einer Vielzahl beteiligter Einzelakteure gewissermaßen einen „Konservatismus aus Komplexität“ (Niklas Luhmann) erzeugen.

9. Zwei-Wege-System als Problemlösung

Die Bertelsmann-Stiftung schlug vor einiger Zeit vor, zukünftig zwischen ausbildungsreifen und nicht ausbildungsreifen Personengruppen zu unterscheiden. Die „Unreifen“ allein sollten über berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen zur Ausbildungsreife geführt werden. Für die Ausbildungsreifen hingegen sei es allemal klüger, sie unmittelbar nach der Schulzeit betriebsnah mit abschließender Kammerprüfung auszubilden. Es wäre sinnvoll, dabei auch

das erfolgreiche Instrument der „Einstiegsqualifizierungen“ weiter auszubauen und es ggf. noch stärker auf besonders Förderbedürftige auszuweiten. Auf diese Weise entstünde ein transparentes Zwei-Wege-System, das durch eine früher einsetzende Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen zu flankieren sei. Die Grundpfeiler dieses Modells sind sinnvoll. Indes wird sich die Tragfähigkeit des Modells erst erweisen, wenn man die luftige intellektuelle Höhe der Konzepterstellung verlässt und die mühselige Ebene der regionalen Umsetzung betritt.

10. Mehr Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen erforderlich

Flankiert werden müsste ein solches Zwei-Wege-System zunächst durch eine Verstärkung der Berufsorientierungsaktivitäten in allen allgemeinbildenden Schulen. Je systematischer, flächendeckender und betriebsnäher dies durch die Schulen organisiert wird, desto geringer werden die Einmündungszahlen in das sogenannte „Übergangssystem“ ausfallen. Wirksame Berufsorientierung in den Schulen trägt maßgeblich zur Ausbildungsreife junger Menschen bei. Sie ist zielführend jedoch nur zu gestalten, wenn zugleich die Abnehmerseite der Schulabsolventen, die Unternehmen, intensiv in die entsprechenden Prozesse eingebunden ist.

Notwendig sind im gesamten Bundesgebiet systematische Aktivitäten im Bereich der Berufsorientierung, die sich über mehrere Schuljahre erstrecken und zu einem selbstverständlichen Bestandteil der schulischen Allgemeinbildung in allen Bundesländern entwickeln. Dies geht nur gemeinsam mit der Wirtschaft, nicht aber gegen sie. Regionale Initiativen, die im Übergangsgeschehen von der Wirtschaft finanziell mitgetragen werden, könnte der Staat durch zusätzliche Anreize fördern, ohne durch die Förderung private Initiativen zu unterlaufen.

Darüber hinaus müssen auch die Gymnasien die Berufs- und Studienorientierung endlich als eine ihrer wichtigsten Aufgaben begreifen. Dass – je nach Fach – bis zur Hälfte der Studienanfänger ihr begonnenes Studium abbricht, spricht eine deutliche Sprache: Die jungen Leute scheinen nicht hinreichend auf das vorbereitet, was nach der Schule kommt – weder bezogen auf das Studium noch auf

die Berufswelt. Immer mehr junge Leute scheitern an den Hochschulen; zugleich betrachten immer weniger Schulabgänger in einer betrieblichen Ausbildung einen sinnvollen Einstieg in das Beschäftigungssystem. Dies muss auch die Schul- und Bildungspolitik endlich ernst nehmen und Wege finden, die Schüler besser und begabungsgerechter auf Ausbildung und Studium vorzubereiten.

Zudem sind durchgreifende Korrekturen in der Lehrerausbildung sinnvoll und erforderlich. Die Lehrerbildung muss praxisorientierter werden und viel intensiver als bisher Kenntnisse über die Berufs- und Arbeitswelt vermitteln. Praktika in der Wirtschaft sollten Teil jedes Lehramtsstudiengangs sein und auch später im Schulalltag zum Pflichtprogramm gehören.

11. Konsequente Dezentralisierung der Verantwortlichkeiten unerlässlich

Die Umsetzung der von der Bertelsmann-Stiftung vorgelegten Vorschläge setzt zudem voraus, dass wesentliche Detailfragen zu klären sind. Hierzu gehört zunächst eine klare Festlegung, welche regionalen Akteure in der Lage sind, reife von nicht reifen Jugendlichen zu unterscheiden. Zugleich müssten die Berufsfelder definiert werden, in denen die „Marktbenachteiligten“ betriebsnah auszubilden sind. Schließlich wäre festzulegen, wer die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellt und wie vor Ort verbindlich sichergestellt wird, dass alle bestehenden Warteschleifen nicht mehr genutzt werden, wenn es nur noch einen einzigen Maßnahmentypus für die „Ausbildungsunreifen“ geben sollte.

Dies verdeutlicht: Eine wirksame Umsetzung funktioniert nur bei konsequenter Dezentralisierung. Dies schließt ein, die Regionen in die Lage zu versetzen, alle diesbezüglich einzusetzenden Finanzmittel in eigener Verantwortung zu verwenden. In den Regionen sind verbindliche Strukturen zu entwickeln, so dass ein transparentes Zwei-Wege-System im Sinne der Bertelsmann-Stiftung auch tatsächlich umsetzbar ist. Dabei ist klar: Eine wirksame kommunale Koordinierung ist nur darstellbar, wenn den Koordinierungsstellen zugleich die „Luft-höheit“ über die Programmtöpfe eingeräumt wird – und zwar über möglichst alle Finanzierungsquellen. Nur wenn auf diese Weise Verantwortung konkret

an die Akteure vor Ort abgegeben wird, können intransparente und ineffektive Doppelstrukturen beseitigt werden.

12. Reduktion berufsschulischer Warteschleifen unabdingbar

Eine konsequente Durchforstung des Maßnahmen-dschungels im sogenannten Übergangsbereich setzt auch voraus, dass die schulischen Warteschleifen drastisch reduziert werden. Von den rund 300.000 Personen, die sich im Jahre 2011 im Übergangsbereich befanden, durchliefen rund zwei Drittel län-derfinanzierte schulische Maßnahmen, rund 60.000 Personen berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (finanziert über die Bundesagentur für Arbeit), jedoch nur 16.000 Personen betriebliche Einstiegs-qualifizierungen. Man kann es auch anders formulieren: Im gegebenen „Übergangssystem“ wird standhaft darauf verzichtet, die betriebliche Seite stärker einzubinden; und dies, obwohl dort die größten „Klebe-Effekte“ gegeben sind. Dies nutzt auf Dauer lediglich den Bildungseinrichtungen, die von der Umsetzung leben, nicht jedoch der eigentlichen Zielgruppe, deren Probleme gelöst werden sollen. Gelänge es, einen Großteil der schulischen Warteschleifen zu reduzieren, würde dies allerdings auch erhebliche Auswirkungen auf die Lehrerzuweisungen an den Berufskollegs auslösen.

Was aus Sicht der regionalen Wirtschaft in diesem Handlungsfeld besonders wichtig ist:

- Den Maßnahmen-dschungel endlich konsequent lichten
- Den Schulen möglichst viele Praktikplätze anbieten
- Unternehmensbezogene Lehrgänge der Berufsorientierung weiterhin stark fördern
- Arbeitskreise Schule/Wirtschaft intensiv in Anspruch nehmen
- Ausbildungsmessen in beiden Kreisen jährlich durchführen
- Überbetriebliche Lehrwerkstätten in die Berufswahl-orientierung intensiver einbinden
- Standards für die berufliche Reife definieren
- Praktika innerbetrieblich gezielt vorbereiten

C. Ausbildungs- und Prüfungsstrukturen weiter optimieren

Die Ausbildung in Deutschland ist weltweites Vorbild: Durch die betriebliche Ausbildung und den Besuch der Berufskollegs werden ein hohes Qualifikationsniveau und eine bedarfsgerechte Qualifizierung erreicht. Doch auch dieses System kann verbessert werden.

13. Ausbildungsinhalte entschlacken, Prüfungen weniger komplex gestalten

Unsere Ausbildungsordnungen sind insgesamt zu komplex geworden. Weniger wäre oftmals mehr. Facharbeiter oder Kaufmannsgehilfen werden nicht dadurch leistungsfähiger, dass man verbal die inhaltlichen Anforderungen fast ins Unermessliche steigert. Geht man individuell auf die Lehrlinge ein, schenkt man ihnen Zeit, überträgt man ihnen verantwortungsvolle Aufgaben, stimmt man sich vernünftig mit den Lehrern in der Berufsschule ab – all dies erscheint weit wichtiger als noch so wohlfeil ausformulierte Inhalte.

Bei der Erstellung der Ausbildungsordnungen wird der Fokus nur marginal auf die Belange der kleinen und mittleren Betriebe gerichtet. In den entsprechenden Fachgremien sind die Großbetriebe überproportional vertreten, obwohl im Mittelstand der überwiegende Teil der Auszubildenden nach den hier verabschiedeten Normen qualifiziert wird. Dies führt zuweilen zu Forderungen, die kaum erfüllt werden können oder die komplett am Bedarf in kleinen und mittleren Unternehmen vorbeigehen.

Auch die Prüfungen haben einen Komplexitätsgrad erreicht, der mehr als zu denken gibt. Facharbeiten, gestreckte Abschlussprüfungen, betriebliche Projektanträge – man könnte die Aufzählung leicht fortsetzen. Auch hier gilt, dass mit immer größerem Aufwand immer zweifelhaftere Ergebnisse erzielt werden. Der Wert unserer dualen Ausbildung liegt auch darin begründet, dass an ihrem Ende die berufliche Handlungsfähigkeit der Auszubildenden im Mittelpunkt steht, nicht aber deren unmittelbare betriebliche Einsetzbarkeit. Berufliche Handlungsfähigkeit dürfte jedoch auch mit deutlich weniger Aufwand treffsicher zu prüfen sein.

14. Teilqualifikationen unvoreingenommen testieren

Zahlreiche Firmen klagen bereits heute über Schwierigkeiten bei der Fachkräfteversorgung. Die Unternehmen werden allein aus demografischen Gründen zukünftig nicht mehr umhin kommen, ihre Erwartungen an Auszubildende neu zu justieren. Sie werden auch diejenigen Schulabsolventen in den Blick nehmen müssen, die sie vor 10 oder 15 Jahren nicht zu Vorstellungsgesprächen gebeten hätten und die heute überwiegend als Ungelernte entweder beschäftigungslos oder aber in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen unterwegs sind; also exakt diejenigen 20 bis 25 % der Schulabgänger, die weder beschäftigungs- noch ausbildungsreif sind, sei es wegen intellektueller oder wegen verhaltensbezogener Defizite. Zugleich sind die Unternehmen darauf angewiesen, die in der Bundesrepublik lebenden Menschen ohne Berufsabschluss stärker in den Blick zu nehmen. Zu dieser Personengruppe gehören allein rund 1,5 Mio. Menschen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren. Für eine wirksame Integration gerade dieses Personenkreises macht es durchaus Sinn, wenn dessen tatsächlicher Leistungsstand transparenter wäre. Es wäre daher an der Zeit, die von diesen Personen erworbenen Teilqualifikationen auf der Grundlage inhaltlicher Bausteine zu testieren, die aus den Ausbildungsordnungen ableitbar sind.

Die Unternehmen erhielten durch solche Testate belastbare Erkenntnisse über die erworbenen Qualifikationen. Auch für die vielen (jungen) Erwachsenen, die ohne Berufsabschluss einer Beschäftigung nachgehen, sollten – wo immer möglich – solche Testate nachholbar sein. Hier liegt eine große Herausforderung, da bei den über 25-Jährigen eine traditionelle Berufsausbildung im Betrieb und in der Berufsschule kaum noch infrage kommt. Daher werden erwachsenengerechtere Qualifizierungen benötigt, die nachträglich zu einem Berufsabschluss führen. Geprüfte Teilqualifikationen könnten einen Weg darstellen, dieses Problem zielführend anzugehen. Hierbei geht es nicht um die Modularisierung der beruflichen Bildung durch die Hintertür oder aber die Abschaffung der ganzheitlichen Beruflichkeit, sondern darum, besonders problembehafteten Zielgruppen bessere (Re-)Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt zu ebnet.

15. Qualität in der betrieblichen Lehre besser sichern

Rund 1,6 Mio. junge Menschen durchlaufen jährlich eine betriebliche Erstausbildung. Schon die schiere Zahl an Lehrverträgen macht deutlich, dass die Qualitätskontrolle betrieblicher Erstausbildung eine schwierige Aufgabe darstellt. Unternehmen, die weit überdurchschnittliche Abbrecher- und Durchfallquoten aufweisen, sollten zum Besuch überbetrieblicher Module verpflichtet werden, selbst wenn sie alle betrieblichen Eignungsanforderungen erfüllen. Dies müsste jedoch nicht branchenweise, sondern immer auf den Einzelfall bezogen ausgestaltet werden.

Darüber hinaus muss im Prüfungswesen darüber nachgedacht werden, wie die faktische Drittelparität sicherzustellen ist, wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad in bestimmten Teilbereichen immer weiter zurückgeht. Die betriebliche Erstausbildung wird zumindest in den Branchen mit hohem gewerkschaftlichen Organisationsgraden auf mittlere Sicht vermutlich bestenfalls stagnieren, sich wahrscheinlich jedoch in der Tendenz eher zurückentwickeln – dem sektoralen Strukturwandel folgend. Hieraus folgt perspektivisch, dass Ausbildung gerade dort entsteht, wo keine klassische Arbeitnehmervertretung gegeben ist – im Pflegebereich, im Gesundheitswesen, bei produktionsorientierten Dienstleistungen, im DV-Sektor, der Qualitätssicherung und vielen anderen Bereichen mehr. Hier müssen Regelungen entwickelt werden, wie auf Dauer die Qualität des Prüfungswesens durch Sicherstellung der faktischen Drittelparität ermöglicht werden kann.

16. Mehr Leistungsstarke für Berufliche Bildung gewinnen

Es ist ein Paradoxon, wie angesehen das duale Ausbildungssystem im Ausland ist, während es im eigenen Land nach wie vor ein stiefmütterlich behandeltes Dasein fristet. Die Zahlen der Erstsemester an den deutschen Hochschulen sind in den vergangenen zehn Jahren enorm gestiegen. Die Bundesrepublik Deutschland braucht aber nicht nur Akademiker, sondern vor allem auch kluge und fähige Praktiker. Die Zukunft der Arbeitswelt ist nicht allein und auch nicht überwiegend akademisch. Wir dürfen uns daher nicht allein auf die Integration der

Schwächeren in die duale Ausbildung konzentrieren, sondern müssen zugleich die Leistungsstarken stärker in den Fokus nehmen.

Notwendig sind zudem besser zwischen den Hochschulen und den Unternehmen verzahnte Bildungsgänge. Es ist richtig: Der Anteil wissensbasierter Produktions- und Dienstleistungen steigt. Zugleich verschwimmen innerbetrieblich die Grenzen zwischen einzelnen unternehmensinternen Funktionsbereichen wie der Konstruktion, der Fertigung, der Buchhaltung oder der Personalführung.

Dies bedeutet zugleich, dass die ehemals gegebenen Grenzen zwischen rein hochschulischer und rein betrieblicher Ausbildung zunehmend aufgehoben werden. Andersherum formuliert: Es besteht die Notwendigkeit, sich verstärkt dualen Studiengängen zu widmen. Ein wenig Ordnung wäre in diesem Feld allerdings schon angebracht. Schließlich schätzen Experten, dass es hiervon mittlerweile 1.000 gibt, die vollkommen unterschiedliche Ausprägungen aufweisen. Ganz zu schweigen von der nicht mehr überschaubaren Anzahl von Bindestrich-Studiengängen, die Universitäten beinahe im Wochentakt erfinden, um sich zu profilieren.

17. Ausbilderqualifizierung qualitativ ergänzen

Der Arztreport 2013 der BEK-GEK widmete sich der Krankheit ADHS und förderte dabei einen bemerkenswerten Befund zu Tage. Von den im Jahre 2000 in Deutschland geborenen 767.000 Kindern erhielten zwischen 2006 und 2011 jeder 5. Junge und jedes 12. Mädchen mindestens einmalig eine gesicherte ADHS-Diagnose; insgesamt also über 105.000 junge Menschen, die allermeisten von ihnen sicherlich mit Methylphenidat behandelt, einem den betäubungsmittelrechtlichen Vorschriften unterliegenden Wirkstoff. Auch diese jungen Menschen suchen mehrheitlich 2016, 2017 oder 2018 Lehrstellen. Wer in der betrieblichen Personalplanung unterwegs ist, sollte diese Zahlen ernst nehmen. Denn das Problem der Fachkräfterekrutierung ist auch angesichts drastisch sinkender Schulabgängerzahlen keineswegs allein quantitativer Natur. Wenn zugleich immer mehr dieser immer weniger werdenden jungen Menschen unter erheblichen Aufmerksamkeitsstörungen oder anderen Verhaltensauffälligkeiten leiden, muss betriebliche

Personal- und Ausbildungsarbeit zukünftig noch ganz andere Aufgaben meistern. Und dies ist unabhängig davon, ob sie dies als ihre eigentliche Aufgabe ansieht oder nicht. Notwendig sind daher flächendeckend neue Ansätze in der Ausbilderqualifizierung, die den veränderten Gegebenheiten Rechnung tragen.

Was aus Sicht der regionalen Wirtschaft in diesem Handlungsfeld besonders wichtig ist:

- Zu Auslandsaufenthalten während der betrieblichen Erstausbildung motivieren
- Besonders leistungsfähige junge Menschen für die betriebliche Lehre gewinnen
- Zusatzqualifikationen anbieten
- Überbetriebliche Lehrwerkstätten auf hohem technischen Niveau halten
- Leistungsschwächere Auszubildende noch stärker in der betrieblichen Lehre unterstützen
- Die betrieblichen Ausbilder intensiver qualifizieren
- Ausbildungsqualität auch im Handel und in den gastronomischen Berufen überbetrieblich flankieren
- Betriebliche Erstausbildung als wichtigen Baustein der Personalentwicklung verstehen
- Duale Studienangebote weiter ausbauen und transparenter machen
- Mittelständische Unternehmen für die Erstellung von Ausbildungsordnungen gewinnen
- Menschen mit Teilqualifikationen unvoreingenommen einstellen

D. Berufliche Bildung gesellschaftspolitisch aufwerten

Wenn man die betriebliche Ausbildung stärken und Übergänge besser gestalten will, dann kommt man um einige gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse nicht herum. Manches wird nur schwerfällig und langsam zu erreichen sein, nichtsdestotrotz ist es erforderlich. Das Erfolgssystem der dualen Ausbildung bedarf der politischen Unterstützung, wenn es auf Dauer erfolgreich bleiben soll.

18. Erziehungsarbeit gesellschaftlich aufwerten

Mittlerweile ist es fast eine Binsenweisheit. Bildung ist der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wer die Wahrscheinlichkeit senken will, dass die heutigen Kinder im Erwachsenenalter vom Staat ernährt werden müssen, sollte möglichst viel in deren Bildung investieren und sie zum Bücherlesen, zum Eckenrechnen oder zum richtigen Gebrauch der deutschen Sprache anregen. Gerade aus diesem Grund wird immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig gerade frühkindliche Bildung in Familien und Kindertagesstätten ist – egal, ob privat oder staatlich betrieben. Was dort versäumt wird, kann später eben nur mit größten Mühen aufgeholt werden, wenn überhaupt. Die wirklich bedeutsame Aufgabe, kleine Kinder im Alter von drei, vier, fünf oder sechs Jahren spielerisch an das Lernen heranzuführen und sie für „Bildung“ und „Wissenserwerb“ zu begeistern, obliegt zumeist Erzieherinnen und Erziehern, deren Einstiegsgehälter bei unter 30.000 Euro im Jahr liegen. Macht es Sinn, dass die Bezahlung für die Erziehung und Bildung eines Sechsjährigen „vor den Ferien“ tatsächlich soviel weniger einbringt als „nach den Ferien“ im ersten Schuljahr? Und das, obwohl es sich in beiden Fällen um Personen handelt, die eine jahrelange Ausbildung durchlaufen müssen. Man kann einwenden, dass die einen studiert haben und die anderen im Regelfall nicht. Erklärt dies jedoch die offenkundige Gehaltskluft hinreichend? Wohl kaum. Eines jedenfalls ist sicher: Ist die frühkindliche Bildung tatsächlich so wesentlich wie sie derzeit in den Sonntagsreden nahezu aller Politiker dargestellt wird, dann sollte sie etwas mehr kosten dürfen. Denn gesellschaftliche Wertschätzung spiegelt sich sicher nicht allein, aber eben auch im Gehalt.

19. Der zunehmenden Akademisierung Einhalt gebieten

Die steigende Studierneigung junger Menschen, die der Vorstellung folgt, der normale Mensch finde erst beim Abitur an, stellt die betriebliche Personalentwicklung in weiten Teilen von Industrie und Dienstleistungsbranche ebenfalls vor völlig neue Herausforderungen. In zahlreichen Regionen im Osten Deutschlands ist der Lehrstellenmarkt be-

reits gekippt, zum Teil mit katastrophalen Konsequenzen für die gesamte Zukunftsfähigkeit der entsprechenden Landstriche. Etliche Regionen in den westdeutschen Bundesländern folgen sukzessive nach.

Die betriebliche Erstausbildung wird nicht allein von denen unter Druck gesetzt, die die Ausbildungseignung nicht mitbringen, sondern mindestens ebenso stark von denjenigen, für die der Beginn einer Lehre gleichbedeutend mit dem Untergang des Abendlandes ist. Denn nach wie vor huldigt man auf allen Seiten eindeutig zu stark einer angeblich unaufhaltsamen Akademisierung der Arbeitswelt. Dies wiederum gilt sicher nur partiell; die Zukunft in den Unternehmen ist nicht ausschließlich akademisch, auch wenn dies vielfach suggeriert wird. Breiten gesellschaftlichen Schichten muss wieder ins Bewusstsein gerückt werden, dass ein Betriebsschlosser herkömmlicher Prägung deutlich besser verdient und vielfach verantwortungsvoller eingesetzt wird als mancher Absolvent merkwürdig anmutender Bindestrich-Studiengänge, von denen nach der Bologna-Reform immer mehr aus dem Boden sprießen, ohne dass man in der Wirtschaft aber auch nur halbwegs ein Gespür dafür entwickelt hätte, wozu man die auf diese Weise akademisch Qualifizierten in der Arbeitswelt von morgen wirklich benötigt. Zugleich ist gegenüber den Studierwilligen insbesondere in der Studien- und Berufsberatung die besondere Attraktivität dualer Studiengänge stärker herauszustellen.

20. Studienabbrecher in betriebliche Erstausbildung bringen

Rund 25 % aller Studienanfänger brechen jährlich ihr Studium ab. In den ingenieurwissenschaftlichen Fächern sind es gar 50 %. Es ist unverständlich, dass nach wie vor spezielle Beratungsangebote für diesen Personenkreis fehlen, zumal die Potenziale von Studienabbrechern durchaus sehr viel stärker als bisher für eine duale Ausbildung nutzbar gemacht werden könnten; vor allem dann, wenn erbrachte Leistungen großzügig auf entsprechende betriebliche Ausbildungszeiten angerechnet würden. Wir benötigen allerdings nicht nur Durchlässigkeit „von unten nach oben“, auch in umgekehrter Richtung muss sie „geschmeidiger“ werden.

21. Kooperationsverbot brechen

Der Föderalismus als historisch gewachsene politische Struktur der Bundesrepublik hat durchaus seine Berechtigung. Im Bereich der Bildung jedoch führt er zu absurden Blüten, weil schul- und bildungspolitische Notwendigkeiten dadurch behindert werden. Die derzeitige Finanzierungspraxis im Bildungswesen ist suboptimal. In weiten Teilen müssen die Länder bereits heute europäische Förderprogramme zur Finanzierung bildungsbezogener Vorhaben und Infrastrukturprojekte nutzen, da sie mit ihren eigenen Landeshaushalten mittlerweile an ihre Grenzen stoßen und durch das Kooperationsverbot eine Finanzierung durch den Bund nicht möglich ist. Zugleich haben sich die Bildungsergebnisse in den letzten Jahren nicht signifikant verbessert; von einer Vergleichbarkeit ganz zu schweigen. Sinnvoll und zielführend wären bundesweite Mindeststandards in allen Bildungsbereichen, die Grundfinanzierung der Bildungsaufwendungen durch den Bund, und zwischen Bund, Ländern und Kommunen klarere und eindeutige Zuständigkeiten, die sich in erster Linie von der Notwendigkeit vor Ort ableiten und weniger von Befindlichkeiten. Schließlich ist Bildung eine gesamtstaatliche Aufgabe, deren inhaltliche Ausgestaltung nicht allein von der Finanzschwäche einzelner Bundesländer abhängig gemacht werden darf.

Es ist offenkundig: Der gegebene föderale Staatsaufbau vergeudet Effizienzpotenziale. Die Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind neu zu justieren. Das Kooperationsverbot in der Bildung ist nicht mehr zeitgemäß. Dies zeigt sich auch bei der schulischen Berufsorientierung, bei der die Länder (Standards), die Kommunen (Schulträger), aber eben auch der Bund (Berufseinstiegsbegleiter etc.), das BiBB sowie die Bundesagentur für Arbeit unterwegs sind – mit der Konsequenz, dass permanente Trägerwechsel bei den Berufseinstiegsbegleitern als Folge der Ausschreibungsverfahren durch die Bundesagentur für Arbeit die von den Bundesländern betriebene Verstetigung und Systematisierung der Berufsorientierung hemmen und behindern.

Hinzu kommt: Die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird weiter zunehmen. Auch daher stellen 16 verschiedene Schulsysteme Flexibilitäts- und Mobilitätshemmnisse erster Kategorie

dar, nicht nur für Schüler, sondern beispielsweise auch für Lehrer – mehr als bedenklich im geeinten Europa und angesichts der zunehmenden Globalisierung. Notwendig ist ein einheitliches Niveau der Abschlussprüfungen auch im schulischen Bereich; wie es in der betrieblichen Erstausbildung längst üblich ist. Die dezentrale Umsetzung des Bildungswesens muss daher durch zentrale Standards ergänzt werden. Dazu gehören in den allgemeinbildenden Schulen einheitliche Kompetenzstandards sowie im Hochschulbereich hochschulübergreifende Kern-Curricula – zumindest für die Grundlagenfächer.

22. Durchlässigkeit endlich sicherstellen

Es gibt keine Gleichartigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung; allerdings deren Gleichwertigkeit, die jedoch angesichts wirksamer Abschottungsmechanismen nach wie vor nicht hinreichend im gesellschaftspolitischen Bewusstsein verankert ist. Notwendig ist jedoch nicht mehr Abgrenzung, sondern ein intensiveres Zusammenwachsen. Möglichst viele Menschen müssen ihre Potenziale ausschöpfen können. Daher müssen Wechsel zwischen den beiden Welten zur Selbstverständlichkeit werden. In den letzten Jahren wurden lediglich auf dem Papier Fortschritte erzielt, die Realität hinkt jedoch hinterher. Notwendig sind neben den vereinfachten Zugangsregelungen transparente Regelungen zur Anrechnung von vorhandenen Kompetenzen.

Mit dem DQR verfolgt die Politik das Ziel, Bildungsabschlüsse jedweder Art europaweit transparenter und damit vergleichbarer zu machen. Hierzu wurde ein acht Niveaustufen umfassendes Raster entwickelt, in das alle Abschlüsse nach ihrer Wertigkeit einsortiert werden sollten – gleichgültig, ob es sich dabei um schulische, hochschulische oder berufliche Abschlüsse handelt. Ein in bildungspolitischer Hinsicht durchaus anspruchsvolles Ziel. Schließlich werden dadurch bisher unverzahnte Säulen des Bildungswesens nach ihren Abschlüssen in ein Verhältnis zueinander gesetzt. Jahrelang tobte hinter den Kulissen ein heftiger Streit darüber, auf welche Niveaustufen nun die einzelnen Abschlüsse gehörten. Hierbei kämpfte die Schulseite dafür, das Abitur eine Niveaustufe höher zu verankern als die Abschlüsse in einer 3- oder 3 ½-jährigen Lehre. Dies hätte dazu geführt, dass ein Abiturient, der eine

hochwertige Berufsausbildung etwa in einer Sparkasse oder einem Industrieunternehmen durchläuft, bei erfolgreich absolvierter IHK-Abschlussprüfung um eine Niveaustufe abgesunken wäre. Eine absurde Vorstellung, die mit der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung nichts, aber auch gar nichts gemein hatte. Dass das Abitur wie auch die anderen allgemeinbildenden Abschlüsse zunächst überhaupt nicht in das achtstufige Raster eingeordnet wurden, macht deutlich, dass eine große Chance vertan wurde.

Seit Jahrzehnten wird die berufliche Bildung in der schul- und bildungspolitischen Diskussion stiefmütterlich behandelt. Mit identischen Einordnungen hätte man deutlich machen können, ja deutlich machen müssen, dass man Bildungsabschlüsse durchaus als gleichwertig betrachten kann, auch wenn sie nicht gleichartig sind. Dies hätte der beruflichen Bildung die seit Langem überfällige Anerkennung verschafft und den Gralhütern des Abiturs sicherlich keinen Zacken aus der Krone gebrochen. Hierzu fehlte offenkundig der politische Mut.

23. Für eine stärkere Inanspruchnahme des BQFG werben

Der Gesetzgeber hat durch das BQFG die Möglichkeit geschaffen, ausländische Bildungsabschlüsse besser anzuerkennen; allerdings nur auf Bundesebene und lediglich für bestimmte Abschlusssegmente. Dies kann dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Einwanderern zu erhöhen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Fachkräfteentwicklung zu leisten. Die Zahl der Antragstellungen bleibt indes weit hinter den Erwartungen zurück. Dabei zeigt sich derzeit, dass viele Antragsteller mit ihren Anträgen durchaus schnell „anerkannt“ werden. Für die Inanspruchnahme der gesetzlichen Möglichkeiten muss indes wesentlich intensiver geworben werden. Zugleich sind die Länder gefordert, schnellstmöglich für die Anerkennung der reglementierten Berufe im akademischen Bereich, aber auch der Pflegeberufe die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Wenn man nach Feldern sucht, auf denen sich der Bildungsföderalismus ad absurdum führt, findet man bei den quälenden Diskussionen um die landesrechtlichen Anerkennungsgesetze reichhaltiges Anschauungsmaterial. Im Übrigen ist nicht nachvollziehbar, warum das, was für In-

dustriemechaniker möglich gemacht wurde, nicht auch für Lehrer machbar sein sollte.

Was aus Sicht der regionalen Wirtschaft in diesem Handlungsfeld besonders wichtig ist:

- Deutsche Sprachkenntnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund bereits in Kitas vorantreiben
- Wertigkeit der betrieblichen Ausbildung stärker in den Vordergrund rücken
- Die Gefahren überbordender Akademisierung politisch thematisieren
- Immer wieder auf Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung hinweisen
- Studienabbrechern eine Chance auf verkürzte Ausbildung bieten
- Gegebenenfalls bestehende Vorurteile gegenüber Schulabgängern in Bezug auf Geschlecht, Herkunft oder besuchter Schulform überdenken und revidieren
- Inanspruchnahme des Lehrstellenangebotes durch Migranten stärker fördern
- Ausbildertätigkeit inner- und außerhalb der Betriebe stärker herausstellen

Siegen, im Januar 2014

In der Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Siegen erschienen bisher:

Heft 1	Die Industrie - Branchen, Adressen, Größe, Produkte	1977	Heft 56	Öffentliche Finanzierungshilfen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen im Jahr 2001	12/2000
Heft 2	Stellungnahme zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes I/II „Raum- und Siedlungsstruktur“	2/78	Heft 57	Kommunale Standortkosten im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen	1/2001
Heft 3	Leitlinien für die Arbeit der Kammer 1978-1982	4/78	Heft 58	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2001	1/2001
Heft 4	Ausbildung der Ausbilder	4/78	Heft 59	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2001	9/2001
Heft 5	Stimmen für die A 4	7/79	Heft 60	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2002	1/2002
Heft 6	Wirtschaft braucht A 4	9/79	Heft 61	Gewerblicher Mietpreisspiegel im Jahr 2002 für den IHK-Bezirk Siegen	3/2002
Heft 7	Die Berufsbildung im Wirtschaftsraum Siegen-Olpe-Wittgenstein	10/79	Heft 62	Einzelhandelsatlas: Verzeichnis aller großflächigen Einzelhandelsbetriebe im IHK-Bezirk Siegen	9/2002
Heft 8	Untersuchungen zum Existenzgründungsverhalten	4/80	Heft 63	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2002	9/2002
Heft 9	Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung	5/80	Heft 64	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2003	2/2003
Heft 10	Ausbildungsberufe mit Zukunft	5/80	Heft 65	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2003	9/2003
Heft 11	Fachkräfte für die Wirtschaft	9/80	Heft 66	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2004	2/2004
Heft 12	Was und Wo? Eine Lehrstellenübersicht der IHK Siegen	3/81	Heft 67	Gewerblicher Mietpreisspiegel im Jahr 2004 für den IHK-Bezirk Siegen	6/2004
Heft 13	Das Einnahme- und Ausgabeverhalten der Städte und Gemeinden im Bezirk der IHK Siegen	9/82	Heft 68	Empirische Untersuchung zum IHK-Serviceangebot „Starthilfe“	7/2004
Heft 14	Wirtschaftskundliche Materialien über die Region Siegen-Olpe-Wittgenstein; Arbeitshilfen für den Unterricht der Fächer Wirtschaftslehre und Erdkunde	12/82	Heft 69	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2004	9/2004
Heft 15	Wanderungsmotivbefragung im Kreis Olpe 1981	12/82	Heft 70	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2005	1/2005
Heft 16	Leitlinien für die Arbeit der Kammer 1983 bis 1987	4/83	Heft 71	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2005	9/2005
Heft 17	Das Arbeitsplatzangebot in Betrieben unterschiedlicher Beschäftigtengrößenklassen	5/84	Heft 72	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2006	2/2006
Heft 18	Unternehmensberatung: Beratungsdichte und Beratungserwartungen der gewerblichen Wirtschaft im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen	6/84	Heft 73	Gewerblicher Mietpreisspiegel im Jahr 2006 für den IHK-Bezirk Siegen	8/2006
Heft 19	Die Benachteiligung der eisenschaffenden Industrie durch die Tarifgestaltung der Deutschen Bundesbahn	10/84	Heft 74	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2006	9/2006
Heft 20	Ausbildung der Ausbilder: Begleittext für das Seminar zur Vorbereitung auf die Ausbilderprüfung	11/85	Heft 75	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2007	1/2007
Heft 21	Existenzgründungsservice	5/86	Heft 76	Was hält die regionale Wirtschaft von den Absolventen der allgemein bildenden Schulen?	7/2007
Heft 22	Neue Ausbildung in der Metallindustrie - Das Angebot der Berufsbildungszentren an alle Ausbildungsbetriebe	6/87	Heft 77	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2007	9/2007
Heft 23	Arbeitshilfe bei der Auslandsgeschäftsabwicklung	7/87	Heft 78	Breitbandversorgung im Bezirk der IHK Siegen	1/2008
Heft 24	Auf dem Wege von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft	9/87	Heft 79	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2008	2/2008
Heft 25	Forschung - Entwicklung - Beratung Wissens- und Forschungspotential zur wirtschaftlichen Verwendung	5/88	Heft 80	Verkehrswege und Gewerbeflächen - Motoren der Beschäftigtenentwicklung (Neuaufgabe)	4/2008
Heft 26	Handelsatlas: Großflächige Einzelhandelsbetriebe ab 800 qm Verkaufsfläche im Kammerbezirk Siegen	3/89	Heft 81	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2008	9/2008
Heft 27	Info-Stelle Weiterbildung - Baustein einer dynamischen Qualifizierungslandschaft	6/90	Heft 82	Gewerblicher Mietpreisspiegel im Jahr 2008	12/2008
Heft 28	Standortanforderungen der Unternehmen im Bezirk der IHK Siegen	8/90	Heft 83	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2009	2/2009
Heft 29	Mikroelektronik-Atlas	12/90	Heft 84	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2009	9/2009
Heft 30	Geschichte verstehen - Zukunft gestalten - Eine Region im Aufbruch	7/93	Heft 85	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2010	2/2010
Heft 31	Wirtschaft im Dreiländereck	11/93	Heft 86	Unternehmenssicherung im Bezirk der IHK Siegen - Notfallplanung und Nachfolgemangement	4/2010
Heft 32	Wirtschaftsstandort Deutschland in der Krise?	1/94	Heft 87	Einzelhandelsatlas - Verzeichnis aller großflächigen Einzelhandelsbetriebe im IHK-Bezirk Siegen	4/2010
Heft 33	Finanzlage der Kommunen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen	1/94	Heft 88	Standortzufriedenheit in den Kommunen des IHK-Bezirks Siegen	6/2010
Heft 34	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1994	2/94	Heft 89	Was hält die regionale Wirtschaft von Absolventen allgemein bildender Schulen?	8/2010
Heft 35	Statutarisches Recht der Industrie- und Handelskammer Siegen	5/94	Heft 90	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2010	9/2010
Heft 36	Die Kraftfahrzeugzulieferindustrie im Bezirk der IHK Siegen	5/94	Heft 91	Agentur-Kompass Siegen-Wittgenstein/Olpe	11/2010
Heft 37	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1994	9/94	Heft 92	Dokumentation eines schulreformpolitischen Fachgesprächs	11/2010
Heft 38	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1995	2/95	Heft 93	Gewerblicher Mietpreisspiegel im Jahr 2010	12/2010
Heft 39	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1995	9/95	Heft 94	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2011	2/2011
Heft 40	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1996	2/96	Heft 95	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2011	9/2011
Heft 41	Handelsatlas mit Verzeichnis der großflächigen Einzelhandelsbetriebe	3/96	Heft 96	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2012	2/2012
Heft 42	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1996	9/96	Heft 97	Innovationsfähigkeit und Innovationstätigkeit heimischer Unternehmen	3/2012
Heft 43	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1997	2/97	Heft 98	Werkzeugkasten „Fachkräftesicherung“	6/2012
Heft 44	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1997	10/97	Heft 99	Gewerblicher Mietpreisspiegel 2012 - 2014	7/2012
Heft 45	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1998	2/98	Heft 100	Gastgewerbliche Ausbildung vor strukturellen Herausforderungen	8/2012
Heft 46	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1998	9/98	Heft 101	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2012	10/2012
Heft 47	Beschäftigung und Arbeitsmarkt im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen	10/98	Heft 102	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2013	2/2013
Heft 48	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 1999	2/99	Heft 103	Was erwarten junge Schulabsolventen von ihren zukünftigen Ausbildungsunternehmen?	2/2013
Heft 49	Verkehrswege und Gewerbeflächen - Motoren der Beschäftigung	3/99	Heft 104	Agentur-Kompass Siegen-Wittgenstein/Olpe	4/2013
Heft 50	Beschäftigungswunder Dienstleistungen!?	7/99	Heft 105	Der heimische Handel im demografischen Wandel	7/2013
Heft 51	Entwicklung und Struktur außenwirtschaftlicher Aktivitäten im Bezirk der Industrie- und Handelskammer Siegen	8/99	Heft 106	Vom Brutto zum Netto (Studie Gewerbeflächen)	7/2013
Heft 52	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 1999	10/99	Heft 107	Die Wirtschaft im südlichen Westfalen im September 2013	10/2013
Heft 53	Wirtschaft im südlichen Westfalen zum Jahresbeginn 2000	2/2000	Heft 108	Warum bleiben ausländische Studierende nicht in unserer Region?	12/2013
Heft 54	Die Machbarkeitsstudie der A 4 - Plädoyer für einen Weiterbau	5/2000	Heft 109	Vorfahrt für die betriebliche Erstausbildung!	1/2014
Heft 55	Wirtschaft im südlichen Westfalen im Sommer 2000	9/2000			

